

Potsdam, d. 19.06.2024

Top 29: Wahlpflichtfach „Feuerwehrunterricht“ an Brandenburger Schulen ausbauen, feste Planstellen für Ausbilder einrichten und dauerhaft finanziell absichern

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 7/9614

vom 01.05.2024

Rede der jugendpolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

die Bedeutung der Feuerwehren für unsere Dörfer und Städte ist ganz klar! Dazu müssen wir keine flammenden Reden mehr schwingen! Ganz klar ist auch, es braucht die gemeinsame Anstrengung von Land und Kommunen, um die Strukturen vor Ort zu erhalten, zu sichern und für die Zukunft zu stärken.

Auf dem Weg dahin, war die Einführung des Wahlpflichtfaches „Feuerwehrunterricht“ als genehmigtes Wahlpflichtfach in den Jahrgangsstufen 9 und 10 an Ober- und Gesamtschulen ein richtiger und wichtiger Schritt!

Es ist gut, dass das MBS einen begleitenden Lehrplan erarbeitet hat. Und, es ist gut, dass nach Aussage des MBS vom 08.02.2024 inzwischen insgesamt 14 Schulen in 8 Landkreisen an dem Projekt teilnehmen. Davon befinden sich jeweils 4 Schulen in den Landkreisen Uckermark und Ostprignitz-Ruppin. In den anderen 6 Landkreisen ist bislang jeweils nur eine Schule dem Projekt beigetreten. Auf die Frage, warum die Dichte der teilnehmenden Schulen noch so gering ist, sind die Antworten jedoch komplex:

- Den überwiegend hochbelasteten Schulen gelingt es auch bei Interesse nebenbei nicht einfach so, eine Feuerwehr als Kooperationspartner zu finden; festzustellen, ob es interessierte Schüler*innen gibt; eine Entscheidung über die Verwendung eines schuleigenen oder vom MBS genehmigten Lehrplans zu treffen und zuletzt ist ein Antrag auf Genehmigung zur Erteilung des Wahlpflichtunterrichts beim staatlichen Schulamt zu stellen.
- In Anbetracht des aktuell akuten Lehrkräftemangels können prüfenden Schulämtern selten feststellen, dass Lehrkräfte für das Wahlpflicht vorhanden sind, um den Antrag auf Umsetzung an der beantragenden Schule genehmigen zu können.
- Vor allem für finanzschwache Kommunen ist es kaum möglich, die verbleibenden notwendigen Sach- und Personalkostenanteile zu stemmen.
- Und natürlich liegt ein wesentlicher Hinderungsgrund darin, dass interessierte Schulen nicht in eine beiderseitig gewollte Zusammenarbeit starten können, da die Rahmenbedingungen durch die Feuerwehr vor Ort schlichtweg nicht erfüllt werden können. Das Defizit an geeigneten Praxisausbilder*innen ist eine der entscheidenden Sollbruchstellen.

Dieses Defizit wird der vorliegende sehr unbestimmte Antrag der AfD jedoch nicht beseitigen. Es nutzt nicht, wenn die Landesregierung hier allein agiert und eine nicht näher bestimmte Anzahl von Planstellen im „Irgendwo“ schafft. Hier braucht es das Zusammenwirken von örtlichen und überörtlichen Trägern des Brandschutzes unter Einbindung von Schulämtern und Vertreter*innen des MBS, um unterschiedliche

Lösungsmodelle zu entwickeln. Mit einem kooperativ entwickelten Konzept muss sichergestellt werden, dass ein Unterrichtsangebot an einer ausreichenden Anzahl von Schulen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten umgesetzt wird, um überhaupt ausstrahlende Wirkung zu zeigen.

Und ganz klar, muss der Finanzansatz der Landesmittel nicht nur hinsichtlich der Finanzierung von Planstellen, sondern auch hinsichtlich der notwendigen Sachkosten aufgestockt werden. Diese Mittel sind auch in einem entsprechenden Titel des Haushaltes verbindlich zu verankern.

All diese Aspekte berücksichtigt der vorliegende Antrag nicht und wird deswegen von unserer Fraktion abgelehnt.

Obgleich wir die verstärkte Einführung eines Wahlpflichtfaches „Feuerwehrunterricht“ in den 9. und 10. Klasse weiterführender Schulen unverändert unterstützen, werden wir das Nachwuchsproblem der Feuerwehren damit nicht bewältigen. Zumal wir bislang auch überhaupt nicht wissen, wie viele der ausgebildeten Schüler*innen wirklich in den ehrenamtlichen Feuerwehrdienst wechseln.

Ausschließlich auf Unterrichtsangebote zu setzen, kann also nicht die alleinige Lösung sein!

Für eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung müssen wir den Landesfeuerwehrverband und die Feuerwehren vor Ort noch mehr dabei unterstützen:

1. Projektstage in Kitas, Angebote in Form von Arbeitsgemeinschaften oder im Rahmen des Ganztagsbetriebes an Schulen durchzuführen, um Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig für den Feuerwehrdienst zu begeistern,
2. die Jugendarbeit in den Feuerwehren auch außerhalb von Schule finanziell unterstützen. Dazu gehört die Anschaffung von Schutzbekleidung, Ausbildungsmaterialien und Medientechnik, um die Arbeit in der Jugendfeuerwehr attraktiver zu gestalten. Auch Transportfahrzeuge und Ausrüstung für Schulprojekte müssen stärker gefördert werden
3. die Ausbildungsmöglichkeiten kontinuierlich verbessern zu können. Hier braucht es flächendeckend moderne Ausbildungsmaterialien und -techniken, um die Ausbildung praxisnah und interessant zu gestalten.
4. die Fortbildungsangebote für Ausbilder*innen regelmäßig zu erweitern

Das alles müssen wir für unsere Feuerwehren tun. Dafür wird sich unsere Fraktion im neuen Landtag einsetzen.